

Warum es nicht sinnvoll ist, in hochverschuldeten und überschuldeten Kommunen ein Bürgerhaushaltsverfahren nach dem gängigen Muster durchzuführen.

1. Die Bürger beteiligen sich immer weniger an den Kommunalwahlen. Politik und Verwaltung verschanzen sich hinter Paragraphen und vermeintlichen Sachzwängen. Dieses Demokratiedefizit wird durch einen hierarchischen, von Politik und Verwaltung streng reglementierten Bürgerhaushalt nicht behoben.
2. Die Bürger trauen den Politikern die Lösung der sich immer offensichtlicher auftürmenden gesellschaftlichen Probleme nicht zu. Sie haben auch kaum Vertrauen in die Beteiligungsprozesse, die die Politik mit den Bürgerhaushalten organisiert.
3. In deutschen Bürgerhaushalten dürfen Bürger nichts entscheiden. In überschuldeten Kommunen gibt es nichts zu verteilen. Hier dient das gängige Bürgerhaushaltsverfahren allenfalls dazu, den Politikern etwas von ihrer Verantwortung abzunehmen und ihnen gleichzeitig die Machtpositionen zu sichern.
4. Die konsultative Beteiligung der Bürger an Kürzungsentscheidungen verschafft den betroffenen Kommunen keine Zukunftsperspektive. Hier werden nur Scheinlösungen zelebriert. In Wahrheit geht es um eine bürgerbeteiligte Demontage der Gemeinwesen.
5. Das derzeitige Bürgerhaushaltsverfahren ist nicht darauf angelegt, zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Es ist nicht darauf angelegt, die Bürger zu befähigen, Probleme selbstständiger und besser zu bewältigen.
6. Ein Bürgerhaushalt der seinen Namen verdient bedeutet Beteiligung von Politik und Verwaltung an der Lösung der Probleme der BürgerInnen, nicht Beteiligung der BürgerInnen an der Lösung der Probleme von Politik und Verwaltung.
7. Ein Bürgerhaushalt darf kein bürokratischer Appendix, sondern muss eine demokratische Ouvertüre sein!
8. Ein Bürgerhaushalt muss ein Ort des Lernens sein.
9. Ein Bürgerhaushalt muss ein Ort der Politisierung sein.
10. Ein Bürgerhaushalt muss ein Ort der Solidarisierung sein.
11. Ein Bürgerhaushaltsverfahren muss ein Instrument gesellschaftlichen Wandels sein.
12. Bürgerhaushalt muss Entscheidungsprozesse enthierarchisieren, dezentralisieren und demokratisieren.
13. Bürger haben vorrangig Interesse an funktionierendem Gemeinwesen und nicht an der Aufrechterhaltung von Strukturen der öffentlichen Leistungserbringung. Ein Bürgerhaushalt muss demnach einer gemeinwesenorientierten Logik folgen.
14. Offene Prozesse und offene Wertschöpfungsketten eröffnen neue Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten für finanzschwache Kommunen.
15. Offene Prozesse sorgen für eine Zivilisierung des Gemeinwesens, d.h. sie stärken die demokratischen Prozesse, die gesellschaftliche Zusammenarbeit und setzen einseitiger ökonomischer Logik menschliche Maße entgegen.

Dieter Hofmann, Ideenwerkstatt Wuppertal, Nützenberger Str. 327, 42115 Wuppertal, Mail dieter.hofmann2@gmx.de, Tel 0202-76 906 903, April 2011)